

Europapolitischer Dialog



Der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Prof. Werner Weidenfeld von der Bertelsmann Stiftung und Bundeskanzler Gerhard Schröder (v. links) trafen sich beim Europapolitischen Dialog in Berlin, zu dem die Bertelsmann Stiftung und das Bundeskanzleramt eingeladen hatten.

Auf dem vom Bundeskanzleramt und der Bertelsmann Stiftung organisierten ersten Europapolitischen Dialog diskutierten Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer, Wirtschaftsminister Dr. Werner Müller und die Ministerpräsidenten von sechs Bundesländern über die Zukunft Europas. Die Spitzenpolitiker erörterten am 17. Oktober in Berlin vor allem die längerfristigen Entwicklungsperspektiven der EU nach dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Biarritz. „Es geht nicht mehr um ein Europa auf Rezept, verordnet von der Weltgeschichte, sondern um ein Europa der besseren Argumente“, sagte Bundeskanzler Schröder. Aus seiner Sicht, stellten sich mit Blick auf die Weiterentwicklung der europäischen Integration „vor allem Fragen nach der demokratischen Legitimation und der Kompetenzabgrenzung sowie der Balance zwischen Wettbewerb und Solidarität“.

Die Perspektive des Europapolitischen Dialogs reichte deutlich über die bevorstehende Regierungskonferenz am 7. Dezember 2000 in Nizza hinaus. Trotzdem war diese Konferenz auch für das Gespräch zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten von Bedeutung. Darauf machte Prof. Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, aufmerksam: „Die Bundesregierung ist bei den derzeitigen Verhandlungen über die institutionellen Reformen der EU und ihrer bevorstehenden Erweiterung auf die Zustimmung der Länder angewiesen. Die Bundesländer sitzen bei den Verhandlungen mit am Tisch. Ohne ihre Zustimmung ist die deutsche Regierung europapolitisch handlungsunfähig.“

Das C·A·P hat neue Kommunikationsnummern!

Neue Telefonnummer: 089/2180-1300

Neue Faxnummer: 089/2180-1329

I N H A L T

C·A·Prolog

Zukunftspfade 2

C·A·Programm

Führung & Vertrauen
in der Politik 3+6

Wettbewerb und Kooperation
im 21. Jahrhundert -
Bericht vom Triangle Forum
in Southampton 4+5

Neue Partner für das
Toleranznetzwerk 7

Der Euro braucht die
politische Begleitung 8

SommerAkademie Europa 9
Direkte Nachbarschaft 10

C·A·Panoptikum

Tolerant in Brandenburg 11
Deutschland-Trendbuch 11

Erziehung zu Gemeinsinn 12
20 Jahre europäische
Integration 12

Deutsch-jüdischer Dialog 12
Putins Russland – ein
Partner des Westens? 13
EU Studies Web Courses 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14+15

C·A·Postskriptum

Europäische Integration –
ein Modell für die NAFTA 16

C·A·Planung 16

Zukunftspfade...

... für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung aufzuzeigen, ist ein ebenso notwendiges wie schwieriges Unterfangen. Doch angesichts eines sich immer schneller vollziehenden technologischen und sozialen Wandels müssen die Fragen nach den legitimen und funktionsfähigen Voraussetzungen eines zunehmend globalen Gemeinwesens und dem Umgang mit revolutionären Technologien wie der Digitalisierung und der Biotechnologie jetzt beantwortet werden.

Das Verhältnis von technologischem Wandel, sozialer wie politischer Erneuerung und gesellschaftlicher Stabilität ist dabei in Zukunft von zentraler Bedeutung. Die Wucht des sozialen und technologischen Wandels stellt das Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung in Frage. Denn der Übergang von der national und territorial verfassten Industriegesellschaft in eine durch Globalität und Technologie geprägte Gesellschaft lässt heute ebenso gravierende Umbrüche erkennen wie der Übergang zur Industriegesellschaft vor 150 Jahren.



Sie leiteten das Aventis Triangle Forum in Southampton bei New York: Jürgen Dormann (l.), Vorstandsvorsitzender der Aventis SA, und Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Nur wenn die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen erkannt und in einen breiteren gesellschaftlichen Dialog überführt werden, kann das Bewusstsein für Optionen nachhaltigen Handelns entwickelt werden. Dem Machtverlust konventioneller Politik hat das C·A·P durch die Bildung eines trilateralen Netzwerks aus Personen und Institutionen in den USA, Europa und Asien Rechnung getragen. Ziel und Auftrag ist, die Analyse von Problemlagen und tragfähigen Lösungsansätzen gesellschaftspolitischer Steuerung voranzutreiben.

Im Mittelpunkt des Projekts steht alljährlich das Aventis Triangle Forum, das in diesem Jahr im Watermill Center des amerikanischen Kunstgenies Robert Wilson bei New York 47 hochrangige Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft versammelte, um in konzentrierter Atmosphäre die Symmetrie globaler, regionaler und lokaler Politikstrategien zu diskutieren. Impressionen des Forums vermittelt diese Ausgabe des Newsletters (auf den Seiten 4 und 5) wie der in Kürze erscheinende Bericht über die Inhalte und Ergebnisse. Aventis Foundation und die Forschungsgruppe Zukunftsfragen haben im Projektverlauf zu den verschiedenen Aspekten von moderner Globalität und technologischen Innovationen Analysen und Szenarios vorgelegt, welche die Debatten konzentrieren und die Wirkungsmacht wesentlicher Entwicklungen veranschaulichen. Auf dieser Plattform baut die weitere Arbeit auf.

Alle Arbeitsergebnisse, Diskussionsforen und Papiere sowie inhaltliche Portale zu den Sachgebieten „New Economy“, „Sustainability“, „Biotechnology“ und „Digitalization“ sind im Internet unter www.aventisforum.uni-muenchen.de abrufbar.

„Nachhaltige Entwicklung ist jede Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“

Aus: Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987

Jürgen Turek
Leiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen

Führung & Vertrauen in der Politik



Franz Müntefering, Prof. Werner Weidenfeld, Ruprecht Polenz und Guido Westerwelle (v.l.n.r.) diskutierten über die Frage, wie die Politik das Vertrauen der Bürger bekommen und erhalten kann.

Politik braucht das Vertrauen der Bürger, wenn sie ihre gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben wahrnehmen will. Aber die zuversichtliche Erwartung, dass die politischen Repräsentanten und Institutionen sorgsam mit diesem wichtigen Betriebskapitel umgehen, ist in den letzten Jahren oft enttäuscht worden. Die missbräuchliche Verwendung von Vertrauen durch die Politik führt zu der Frage nach der Maßbestimmung: Wie viel Vertrauen sollte der Bürger in die politische Führung und die politischen Institutionen haben und wie viel kritische Distanz sollte er sich bewahren? Wo liegen die neuralgischen Punkte im Beziehungsgeflecht zwischen Bürger und politischer Führung?

Diskutiert wurde dieser über den tagespolitischen Blickwinkel hinausgehende Fragenkomplex während des Kolloquiums „Führung & Vertrauen in der Politik“ am 17. und 18. Oktober im Ritz-Carlton Schlosshotel in Berlin. Das Kolloquium war die zweite Tagung der Reihe Geist & Zeit, die das C·A·P in Zusammenarbeit mit der Philip Morris GmbH Deutschland durchführt, um tiefgreifende Diskussionsprozesse zwischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu gesellschaftspolitischen Themen zu befördern.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemals Richter am Bundesverfassungsgericht, setzte mit seinem Bericht über den Stand der Debatte zum Thema Eigenverantwortung und staatliche Regulierung einen ersten Impuls und leistete damit gleichzeitig einen gelungenen Brückenschlag vom letztjährigen zum aktuellen Thema.

Mit ihren Beiträgen zu den Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in die Politik führten Wolfgang Nowak, Leiter der Abteilung politische Analysen und Grundsatzfragen im Bundeskanzleramt, und der ehemalige Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda im ersten Teil der Veranstaltung in das Thema ein. Demokratie, so Benda, ist die Staatsform des Misstrauens. Daher kämen in Demokratien alle Verfehlungen der politischen Führung ans Tageslicht, wenn auch oft nur scheinbar und nach langer Zeit. Deshalb plädierte er für eine Umwandlung des Mottos „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ in „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“. Nowak ordnete der politischen Führung eine Kompassfunktion für die Gesellschaft zu. Diese Funktion sei allerdings angesichts der permanenten, temporeichen Gegenwart, in der Politiker leben, schwer zu erfüllen.

**Politik hat Vertrauen
der Bürger enttäuscht**

**„Demokratie ist die
Staatsform des
Misstrauens“**

Fortsetzung auf Seite 6

Wettbewerb und Kooperation im 21. Jahrhundert

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der global vernetzten Gesellschaft im 21. Jahrhundert diskutierten rund 40 Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler aus Nordamerika, Europa und Asien vom 19.-21. Juli im „Watermill Center“, der Kunst- und Theaterschmiede des amerikanischen Allroundgenies Robert Wilson in Southampton bei New York. Das zweite Aventis Triangle Forum unter Leitung von Professor Werner Weidenfeld war ein weiterer Baustein des vom C·A·P und der Aventis Foundation durchgeführten Projekts „Wie wir morgen leben wollen“. Neben der Frage nach den Voraussetzungen für ein legitimes und funktionsfähiges globales Gemeinwesen bildete der Umgang mit neuen Technologien, insbesondere der Bio- und Informationstechnologie, einen Schwerpunkt der Debatten.



Die Teilnehmer des Forums im Garten des Watermill Centers

Jedes Jahr kommen in den Sommermonaten im Watermill Center bei New York Schauspieler, Tänzer und Bühnenbildner aus allen Kontinenten zusammen, um unter der Anleitung des amerikanischen Theaterregisseurs und Designers Robert Wilson Neues zu erproben. Neues, das in der kommenden Saison auf den Bühnen in Paris, London oder Berlin aufgeführt

wird. Das Watermill Center und das Zukunftsnetzwerk des C·A·P verschmolzen für drei Tage zu einer Ideenwerkstatt, in der die Kulturen ihre unterschiedlichen Zukunftsvisionen austauschten. Abwechslung zu den intensiven Debatten im Plenum boten die künstlerischen Beiträge von Robert Wilson und der anwesenden Künstler. Sie bereicherten das Forum mit anderen Perspektiven und regten die Teilnehmer des Forums zu anderen Denk- und Erlebnisformen an. So diente Kunst als Katalysator einer offenen Kommunikation.

Globalisierung erfordert Vertrauen ...

Die Konferenz beschäftigte sich im Schwerpunkt mit der Frage nach den Voraussetzungen politischer Legitimität jenseits des Nationalstaates. Wie schon im vergangenen Jahr wurde das Forum live im Internet übertragen. Die mit der Globalisierung voran schreitende, weltweite Arbeitsteilung ist Triebkraft für Wachstum und Wohlstand. Doch Arbeitsteilung schafft auch neue Abhängigkeiten und verlangt Vertrauen. Zum Beispiel darauf, dass Produkte, die auf der anderen Seite des Globus erzeugt und weiter verarbeitet werden, gesundheitlich unbedenklich, sicher, nicht unter ausbeuterischen Bedingungen oder auf Kosten der Umwelt erzeugt worden sind. Dabei ist die Auffassung darüber, was gesundheitlich unbedenklich oder ökologisch und sozial vertretbar ist, nicht überall gleich. Die Europäer weigern sich, amerikanisches Hormonfleisch zu essen, die Gesellschaften aus Asien sehen sich zuweilen als Versuchsfeld für riskante Technologien der Industriestaaten und Nordamerika kritisiert die Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern. Hier wird besonders deutlich, dass über kurz oder lang ein globaler Markt auch zur Verständigung auf gemeinsame Werte und Standards drängt. Die zunehmende internationale Kooperation seit dem Ende der Ost-West-Antagonie ist Ausdruck dieser gewachsenen Verantwortung. Seit Beginn der 90-er Jahre haben die Abkommen und Institutionen auf internationaler Ebene exponentiell zugenommen. So haben allein die Vereinten Nationen in der letzten Dekade genauso viele Resolutionen verabschiedet, wie in den vierzig Jahren davor. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation 1995 sollen offene Märkte und fairer



Exponat der extravaganten Stühlesammlung von Theaterregisseur Robert Wilson

Wettbewerb gewährleistet werden. Das Problem internationaler Politik, sei es bei den Abkommen zum Klimaschutz oder den vereinbarten Arbeitsstandards unter dem Dach der Internationalen Arbeitsorganisation, ist jedoch häufig die Umsetzung. Letztlich unterliegen die meisten internationalen Konventionen nach wie vor einem nationalen Umsetzungsvorbehalt. Ein anderes Problem ist der ungleiche Einfluss der einzelnen Staaten auf den Entscheidungsprozess. Die globale Kooperation ist bislang noch allzu oft von gegenseitigem Misstrauen geprägt und mündet häufig in Vorwürfe, die von Protektionismus über Demokratieunfähigkeit bis hin zu Wirtschafts imperialismus und rücksichtsloser Dominanz der Industriestaaten in den internationalen Gremien reichen. Ohne einen vertrauensbildenden und kontinuierlichen Austausch, ohne gegenseitiges Verständnis für den Standpunkt des anderen und ohne verpflichtende globale Absprachen, wird die Menschheit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aber nicht bewältigen können.

... und neue Formen der Kooperation

Im Zuge der Globalisierung ist ein Lebensraum entstanden, in dem fundamentale Herausforderungen und Abhängigkeiten dazu zwingen, sich in einer bisher nicht bestehenden Intensität auf dieses Ganze einzulassen. Neue Technologien, globalisierte Märkte, die Bevölkerungsentwicklung, Migration, ethnische Konflikte und die zunehmende Überlastung der Umwelt – der immer raschere Wandel einer immer vernetzteren Welt erfordert den intensiven Austausch und neue Formen der Zusammenarbeit über Fach- und Landesgrenzen hinweg. Gemeinsame Regeln und ein System, das deren Durchsetzung gewährleistet, kurz: Global Governance, ist – auch wenn hierzu keine Alternative besteht – aus verschiedenen Gründen jedoch schwer zu erreichen. Zum einen erfordert Global Governance einen Teilverzicht der Staaten auf ihre Souveränität und damit auf Macht. Es ist erst in Ansätzen erkennbar, dass die nationalen Regierungen hierzu bereit sind. Auch ist noch unklar, wie sich entsprechende Weltinstitutionen legitimieren können, um die notwendige Akzeptanz der Menschen zu erhalten, denen sie verbindliche Regeln setzen. Für ein globales Gemeinwesen erscheint die Demokratie bislang als funktionsfähiges politisches Ordnungsmuster überfordert.

Eine neue Landkarte der Konflikte

Um die globalen Herausforderungen effektiv angehen zu können, wird es nötig sein, eine neue „Landkarte der Konflikte“ zu zeichnen, bilanzierte Werner Weidenfeld. Die neuen Konfliktlinien verlaufen entlang divergierender wirtschaftlicher Interessen oder zwischen denen, die von den neuen Freiheiten profitieren und denen, die mit der Geschwindigkeit des Wandels nicht mithalten können oder wollen. Allein in den letzten zehn Jahren gab es fünf Millionen Opfer innerstaatlicher Konflikte, Tendenz steigend. Um diesem Trend zu begegnen, so eine Teilnehmerin des Forums, ist „Prävention die beste Medizin“. Wenn die Gesellschaften in der Lage sind, miteinander im Dialog zu bleiben, werden sich aufkommende Konflikte kanalisieren lassen und ein friedlicher Interessenausgleich möglich. Die Debatten im Watermill Center machten deutlich, dass die Suche nach funktionierenden Mechanismen politischer Entscheidungsfindung und Machtstrukturen ihre Zeit braucht. Sie zeigten ferner, wie unterschiedlich die Blickwinkel und Erwartungen auf dieses geteilte Ganze sind – den globalen Lebensraum im 21. Jahrhundert.

Das Projekt Triangle Forum wird ausführlich in Schrift, Bild und Ton im Internet unter www.aventis-forum.uni-muenchen.de dokumentiert.



Der phantastisch dekorierte Tagungsraum im Watermill Center



Aventis-Chef Jürgen Dormann (l.) und Wolfgang Reinicke vom Global Public Policy Network der UNO im Gespräch

Fortsetzung von Seite 3: Führung & Vertrauen in der Politik

Ob es sich bei den Glaubwürdigkeitsverlusten der politischen Führung um eine Systemkrise oder lediglich um ein konjunkturelles Zwischentief handelt, war Gegenstand der Referate von Friedbert Pflüger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung und Benjamin Barber, Direktor des Walt Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy an der Rutgers University. In Richtung Systemkrise zielte dabei die Äußerung Pflügers, die politische „Lüge“ sei „salonfähig“ geworden. Krüger wollte dagegen keine Krise des gesellschaftlichen Systems erkennen und betonte statt dessen die Rolle des Selbstvertrauens der kreativen Bürger. Der amerikanische Demokratieforscher Barber verschob den Fokus der Betrachtung ebenfalls von der politischen Führung auf die Bürger, als er das Thema des Kolloquiums zuspitzte in „Bürger und Vertrauen in der Demokratie“. Die Qualität einer Demokratie hänge maßgeblich von der Ausprägung einer Bürgergesellschaft ab.

Den politischen Parteien wurde im Spannungsfeld Vertrauen und politische Führung eine herausragende Rolle eingeräumt. Sie sind es, die am stärksten von den Affären der letzten Zeit betroffen sind. Ihnen wird in aktuellen Umfragen im Vergleich öffentlicher Einrichtungen und Institutionen das geringste Vertrauen von den Bürgern entgegengebracht. Deshalb stellten sich Vertreter der Parteien im dritten Teil des Kolloquiums dem Thema und präsentierten Konzepte und Strategien, die einen nachhaltigen Weg aus der Vertrauenskrise versprechen. Die Statements der Generalsekretäre von SPD, CDU, FDP sowie von Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, lösten vor laufender Fernsehkamera eine lebhafte Diskussion über die Wege der Parteien aus der Krise aus.

Parteien wissen, wie wichtig das Vertrauen der Bürger ist

Alle vier waren sich einig, dass Vertrauen in der Beziehung zwischen Bürger und Politik die wichtigste Kategorie darstellt. Müntefering näherte sich dem Thema als Marketingstrategie. Er stellte seiner Partei die Aufgabe, mit den Glaubwürdigkeitseinbußen offensiv umzugehen, um schließlich zum Markenzeichen für alles Gute im Land zu werden. Mit seinem Konzept der „gläsernen Partei“ verknüpfte Polenz die Vorstellung, politische Führung müsse als orientierungsgebender Lotsendienst verstanden werden. Die Parteien sollten sich in ihrem Wirken auf Kernkompetenzen beschränken. Als Mittel, die „Verkastung“ der Politik aufzubrechen, forderte Westerwelle eine umfassendere Entmachtung der Parteien. Seiteneinsteiger sollten bessere Möglichkeiten bekommen, sich in politischen Parteien zu engagieren. Als ein erster Schritt müsse – so Westerwelle – der Einfluss der Parteien in der Staatswirtschaft eingeschränkt werden. Zudem setzte er auf die Einführung von mehr Elementen der direkten Demokratie. Beck forderte zwar einerseits mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung, sah aber in der Offenlegung auch die Gefahr einer Verschleierungstaktik. Er unterstrich, dass man die wahren Absichten der Politiker letztlich nur an ihrem Handeln messen und bewerten sollte.

Auch wenn die Teilnehmer der Kolloquiums sich nicht auf ein geeignetes Instrumentarium zur nachhaltigen Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die Politik einigen konnten, so wurde doch die Notwendigkeit betont, die brüchig gewordene Vertrauensbasis wieder stabilisieren zu müssen. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei, dass die Parteien den Unmut der Bürger Ernst nehmen müssen, wenn sie ihr Vertrauen wieder gewinnen wollen. Einen neuen Vertrauensvorschuss wird die Politik in nächster Zukunft jedenfalls nicht bekommen.

Nähere Informationen zur Kolloquiumsreihe Geist & Zeit gibt es bei: Dr. Lars Colschen, Tel. 089/2178-3077, E-Mail: uf204hl@mail.lrz-muenchen.de



Der rechtspolitische Sprecher der Grünen Volker Beck (l.) wünscht sich mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering will mit Glaubwürdigkeitsverlusten offensiv umgehen.



FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle glaubt, dass die Politik sich für Seiteneinsteiger öffnen muss.

Neue Partner für das Toleranznetzwerk

Im August führten Viola Georgi (C·A·P), Thomas Lillig (Bertelsmann Stiftung) und Thomas Henschel (C·A·P-Fellow) Kooperationsgespräche mit südamerikanischen Nichtregierungsorganisationen aus dem Bildungsbereich.

In Rio de Janeiro traf das deutsche Team mit den Mitarbeitern von Novamerica zusammen. Die Bildungsarbeit von Novamerica zeichnet sich durch die Entwicklung und Implementierung innovativer Menschenrechtserziehungsprogramme aus. Dabei spielt die Reflexion von sozialer Ungleichheit, der multi-ethnischen Verfasstheit der brasilianischen Gesellschaft, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefiziten eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Maßnahmen. Multiplikatoren-schulungen und die Verteilung von Lehr- und Lernmaterialien im Rahmen eines weit gespannten Netzwerkes von Schulen in ganz Brasilien sorgen für eine flächendeckende Umsetzung der Programme vor allem auch in den Armenvierteln der Millionenstädte.

In Santiago de Chile besuchte das Toleranzteam die NGO Participa, die in Chile zu den Pionieren der Demokratie- und Menschenrechtserziehung nach der Diktatur gehört. Neben der Curriculumentwicklung und der praktischen Umsetzung von Menschenrechtsprogrammen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen berät Participa das Erziehungsministerium in Fragen der Organisation demokratischer Bildungsprozesse und führt eigenständig wissenschaftliche Untersuchungen zur Demokratieentwicklung in Chile durch.

Derzeit stellt sich Participa der Herausforderung der Demokratisierung des Militärs durch spezifische Bildungsmaßnahmen.

Im Rahmen des „Internationalen Netzwerkes Erziehung zu Demokratie, Toleranz und Menschenrechten“ fanden zudem zwei Arbeitsgruppentreffen in Gütersloh und Wendgräben statt. Neben der intensiven Kleingruppenarbeit zu verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten des Netzwerkes (Toleranz-Report, Evaluation „Sprache und Demokratie“-Workshop, Toleranz-Datenbank etc.) folgten die Teilnehmer einer Einladung der Bertelsmann Stiftung zur Expo 2000 nach Hannover.



Die Teilnehmer der AG „Sprache und Demokratie“ vor dem Bertelsmann Pavillon Planet M auf der Expo in Hannover



Kinder der Escola Municipal Reverendo Alvaro in Rio de Janeiro. Das Lernen über Menschenrechte gehört für sie zum Schulalltag

Demokratisierung des chilenischen Militärs durch Bildung

Der Euro braucht die Politische Begleitung

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hat mit den Folgen ihrer einzigartigen Entstehungsgeschichte zu kämpfen: Ihre junge Währung erfährt an den globalen Finanzmärkten eine geringere Zuwendung als der US-Dollar und ihren Institutionen fehlt es an Glaubwürdigkeit. Die Asymmetrie zwischen einheitlicher Geldpolitik und einer auf Ebene der Mitgliedstaaten dezentral verantworteten Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik behindert eine europäische Stabilitätspolitik aus einem

Guss. Darüber hinaus fehlt es den originären WWU-Entscheidungsstrukturen an Glaubwürdigkeit und Transparenz. Der Handlungsbedarf ist offenkundig: Die WWU bedarf Strukturreformen, die Wachstum und Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes fördern sowie eines politisch-institutionellen Arrangements, das Transparenz und Glaubwürdigkeit in einem Umfeld währungspolitischer Stabilität ermöglicht. Die geldpolitische Zielsetzung und die Interessenvertretung des Euro müssen nach innen und außen nachvollziehbar sein. Ein effektives Modell politischer Begleitung sollte drei

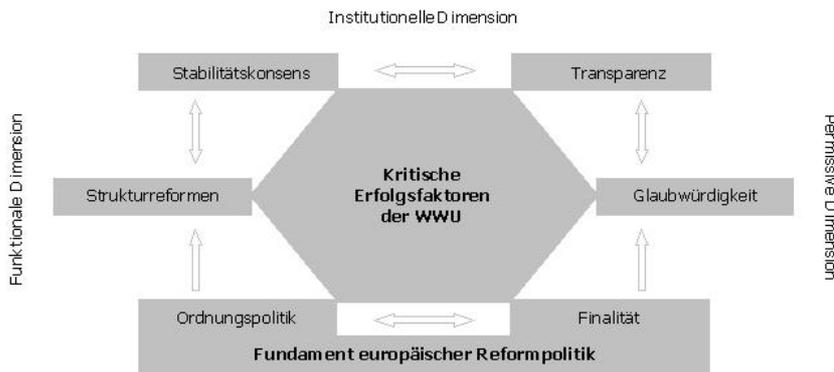
Dimensionen von Erfolgsfaktoren der WWU vereinen. Diese sollten ordnungspolitisch aufeinander abgestimmt sein und Überlegungen zur Finalität Europas Rechnung tragen.

Reformen innerhalb der **funktionalen Dimension** stehen in einem logischen Zusammenhang mit dem optimalen Funktionieren der Währungsunion. Ziel wäre es folglich, über einen hohen Grad an wirtschaftlicher Integration und eine Koordinierung nationaler Strukturreformen die Marktintegration zu intensivieren und somit die Selbstheilungskräfte innerhalb der WWU zu stärken.

Maßnahmen der **institutionellen Dimension** zielen darauf ab, das derzeitige politisch-institutionelle Gefüge der Entscheidungsstrukturen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zu optimieren. Reformen sollten einerseits die Asymmetrie im ESZB beheben sowie andererseits die Interessenvertretung der Währungsunion durch eine demokratisch-legitimierte „Stimme“ transparent machen – beispielsweise durch den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) und einen durch die Mitgliedstaaten gewählten Präsidenten des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister.

Zur politischen Flankierung der WWU gehört auch eine **permissive Dimension**. Dafür muss den Bedürfnissen und Befindlichkeiten der Europäer Rechnung getragen werden. Glaubwürdigkeit und Legitimation der europäischen Einigung können nur durch verbesserte Teilnahme und Teilhabe an der Solidargemeinschaft Europa erreicht werden. Die Vorteile der europäischen Integration müssen für die Bürger erfahrbar werden.

Erfolg und Legitimation der WWU hängen davon ab, ob sich die politischen Entscheidungen durch Kontinuität und Klarheit auszeichnen. Ein erster Schritt sukzessiver Vertiefung der WWU wäre die Einführung eines Finanzausgleichs, um damit potenziellen (Konjunktur-) Krisen vorzubeugen sowie mehr Geschlossenheit zu demonstrieren. Folglich verbinden künftige Reformschritte zur politischen Vertiefung der WWU europäische Solidarität mit einer für die Bürger nachvollziehbaren Perspektive europäischer Finalität. Ob nationale Strukturreformen, Finanzausgleich oder Reform des Institutionengefüges, die Politik steht mehr als die EZB in der Verantwortung für das optimale Funktionieren der Währungsunion.



Dimensionen der Erfolgsfaktoren der Wirtschafts- und Währungsunion

In Kürze wird im gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung und dem C·A·P getragenen Projekt „Systemwandel in Europa und Eurofolgen“ ein Workshop zu Optionen der politischen Vertiefung der WWU stattfinden. Ansprechpartner am C·A·P: Holger B. Friedrich, Tel.: 089/2180-1325, E-Mail: holger.friedrich@stud.uni-muenchen.de

Strategiewissen für künftige Entscheidungsträger

Die SommerAkademie Europa vermittelt und entwickelt Strategien für die Zukunft der Europäischen Union

Die zentralen Themen der diesjährigen SommerAkademie Europa waren der Systemwandel in Europa, die Veränderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Erweiterung der Europäischen Union. Zum zweiten Male trafen sich jüngere Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Medien in der abgeschiedenen Idylle des Klosters Seon im oberbayerischen Chiemgau, um intensiv über die zukünftige Gestaltung Europas zu debattieren. Die einwöchige SommerAkademie Europa, die in diesem Jahr vom 28. August bis zum 1. September stattfand, ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P und der Bertelsmann Stiftung.

Europaexperten aus Wissenschaft und Praxis vermittelten den rund 35 Teilnehmern in zahlreichen Vorträgen und Diskussionen einen „Rundumschlag in Sachen Europa“. Daneben hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, die Schwerpunktthemen in kleineren Strategiearbeitsgruppen – geleitet von Mitarbeitern der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und der Bertelsmann Stiftung – zu vertiefen und eigene Lösungsstrategien zu erarbeiten.

Besondere Impulse erhielten die Diskussionen durch die Wortbeiträge bekannter Persönlichkeiten. So referierte der ehemalige CDU-Chef Wolfgang Schäuble über die Finalität des europäischen Integrationsprozesses; er betonte dabei insbesondere die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verfassungsdebatte, um die Europäische Union vor einer Krise zu bewahren. Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walther Stützle, erläuterte die Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Verteidigungsdimension im 21. Jahrhundert und der Sprecher der NATO, Jamie Shea, bilanzierte den Krieg im Kosovo. Der ehemalige Intendant des ORF und Osteuropaexperte, Paul Lendvai, bemängelte in seinem Statement zur Problematik der Erweiterung der Europäischen Union den mangelnden politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten.

Das offizielle Seminarprogramm wurde durch zahlreiche Freizeitaktivitäten aufgelockert; besonders hervorzuheben ist hier die gemeinsame Wanderung auf die Kampenwand, die von einem Berghüttenvortrag über die Reform des Internationalen Finanzsystems des Staatssekretärs im Finanzministerium, Caio Koch-Weser, gekrönt wurde. Das ansprechende und abwechslungsreiche Tagungsprogramm fand bei den Teilnehmern – ebenso wie im letzten Jahr – großen Anklang. Deshalb soll es im nächsten Jahr zu einer dritten Auflage der SommerAkademie Europa kommen.



Die Teilnehmer der SommerAkademie Europa



Die Steinling-Alm-Hütte auf der Kampenwand ermöglichte Diskussionen in entspannter und erholsamer Atmosphäre fernab vom Stress des Großstadtlebens

Direkte Nachbarschaft

Grenzüberschreitende Kooperation und europäische Integration



Die Ukraine auf dem Weg nach Europa?

**Die Ukraine
vermisst eine
EU-Beitrittsperspektive**

**Lebendige Beziehungen
zwischen Lviv
und Westeuropa**

Wie in kaum einem anderen Nachbarschaftsverhältnis entlang der künftigen Ostgrenze der Europäischen Union haben Polen und die Ukraine günstige Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Kooperation geschaffen. Historische Erblasten und Feindbilder wurden durch die Unterzeichnung von Verträgen über die gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit verringert, gemeinsame wirtschaftliche und soziale Interessen waren Anlass für zahlreiche Initiativen wie die Gründung von Euroregionen, Zusammenarbeit im Bereich von Kultur und Bildung sowie für wirtschaftliche Kooperation. Über ihre regionale Bedeutung hinaus können derartige Ansätze einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität über die künftigen Grenzen der EU hinaus leisten.

Ein herausragendes Beispiel für gelungene Ansätze der grenzüberschreitenden und internationalen Kooperation ist die Stadt Lviv (Lemberg) in der Westukraine. Die historischen Erblasten aber auch die aktuellen Grenzerfahrungen zum westlichen Nachbarn Polen sind Anlass zur Verständigung und Zusammenarbeit mit den Nachbarn. Die Nähe zu Europa zeigt sich in den vielen gelungenen Projekten der Zusammenarbeit. Gleichzeitig existieren aber auch große Befürchtungen, dass die Ukraine im allgemeinen und der westliche Teil des Landes mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU von der Zusammenarbeit abgeschnitten ist und neue Trennlinien in Form von Visareglungen, Wirtschafts- und Wohlstandgefällen entstehen.

Die Verknüpfung von regionalen Aspekten mit den Auswirkungen der Direkten Nachbarschaft zwischen der EU und der Ukraine waren Anlass für den Projektkontext Sicherheit und Direkte Nachbarschaft an den Grenzen der EU, eine Tagung zum Thema „Direkte Nachbarschaft – grenzüberschreitende Kooperation und europäische Integration“ in Lviv durchzuführen. Kooperationspartner waren die Bertelsmann Stiftung und die Abteilung für internationale Beziehungen der Stadt Lviv. Entscheidungsträger und Analytiker aus der Region sowie aus den Hauptstädten Ost- und Westeuropas diskutierten, wie sich die EU-Osterweiterung mit den Ansätzen der grenzüberschreitenden Kooperation verknüpfen lässt. Die ukrainische Seite sah das größte Problem in der bisher von Seiten der EU fehlenden Beitrittsperspektive. Die Einführung von Visareglungen entsprechend der Schengen-Bestimmungen bewertete man als eine Einführung neuer Trennlinien. Westliche Vertreter bemängelten, dass die Ukraine bisher nur ungenügend ihre Hausgaben der Transformation bewältigt hat. Angesichts wirtschaftlicher Krisen und politischer Instabilitäten ist die Ukraine ein wichtiger, aber dennoch schwieriger Partner für Europa. Bei der innereuropäischen Debatte wurde deutlich, dass die künftigen Grenzbeziehungen zur Ukraine im Spannungsverhältnis zwischen Interessen der europäischen Rechts- und Innenpolitik auf der einen Seite und den Außenbeziehungen der künftigen EU auf der anderen Seite stehen.

Trotz der langen Liste von Problemen, Risiken und Gefahren verdeutlichte die Lebendigkeit der interregionalen und grenzüberschreitenden Beziehungen Lvivs einen positiven Aspekt der Direkten Nachbarschaft zwischen der Ukraine und der EU. Allerdings handelt es sich dabei noch keineswegs um ein tragfähiges und nachhaltiges Konzept, sondern um eine Chance, die es im Sinne eines „best case-Szenarios“ zu nutzen gilt. Die entsprechende Gestaltung europäischer Förderprogramme und Mittel, die Übertragung von Erfahrungen aus der Kooperation im Ostseeraum sowie nicht zuletzt das Fortschreiten der ukrainischen Transformation können dazu beitragen, dass sich grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch im Falle der Einführung von Schengen-Visabestimmungen positiv auf die europäische Integration auswirkt.

Tolerant in Brandenburg

Im Rahmen des Brandenburger Jugendhilfetages im Oktober 1998 hatten Sozialarbeiter eine stärkere fachliche Qualifizierung und Begleitung bei der Bewältigung schwieriger Alltagssituationen gefordert, wie sie besonders in der Arbeit mit extremistisch und gewaltorientierten Jugendlichen, aber auch mit Kindern von Spätaussiedlern, Asylbewerbern und Kontingentflüchtlings in zunehmenden Maße entstehen. Zusammen mit dem Potsdamer Jugendamt entwickelte das C·A·P in einem „Achtung (+) Toleranz“-Testseminar eine langfristigen Fortbildungsreihe. Das Ergebnis, eine sechsteilige Bildungsmaßnahme für 16 Brandenburger Sozialarbeiter wurde als Modellprojekt in Kooperation mit der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung realisiert.

Zum ersten Mal erhielten Multiplikatoren die Gelegenheit, an allen drei Seminarprogrammen des Projekts „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ teilzunehmen. Über 10 Monate verteilt fanden die einwöchigen Kurse im Wechsel mit Wochenenden zur Stress- und Konfliktbewältigung statt. Die Teilnehmer wurden so in die Lage versetzt, neue Sicht- und Handlungsweisen für Konfliktsituationen und deren gewaltfreie Regelung nicht nur kennenzulernen, sondern auch einzuüben.

Die Übungen aus „Betzavta- Miteinander“ (Adam-Institut, Israel), „Eine Welt der Vielfalt“ (A World of Difference-Institute, USA) und „Achtung (+) Toleranz“ (C·A·P) erweiterten nicht nur die Handlungskompetenz der Teilnehmenden. In ihrer Funktion als Streetworker, Jugendclubleiter und Jugendsozialarbeiterinnen wollen sie diese Übungen auch in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vor Ort einsetzen.

Potsdamer Evaluationsexperten haben auf der Grundlage der Erwartungen der Teilnehmer und der Zielsetzungen der Kooperationspartner einen aufwendigen Fragebogen entwickelt. Das brandenburgische Bildungsministerium wird auf der Basis der Ergebnisse dieser Evaluierung entscheiden, ob diese Coaching-Ausbildung zum festen Bestandteil der Fortbildung für Sozialarbeiter wird.

Mehr Informationen zu den drei Seminarprogrammen erhalten Sie bei Susanne Ulrich und Florian Wenzel. Tel. 089/2180-1335

Deutschland - Trendbuch

Welche Trends prägen den deutschen Einigungsprozess? Hat die in Ost und West unterschiedlich erlebte Geschichte zu einem zweigeteilten Geschichtsbewußtsein geführt? Ist somit von einer gespaltenen Nation auszugehen? Welche Sinnfragen kann Kultur beantworten? Welchen Sinnbedarf können kollektive Erlebnisse stillen? Leben wir in einer Spaßgesellschaft?

Diese und andere Zukunftsfragen diskutierten Politologen, Soziologen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler am 8. September 2000 in Berlin. Ferner wurde das Buchprojekt „Deutschland-Trendbuch“ der Forschungsgruppe Deutschland erörtert. Das neue Projekt trägt der Tatsache Rechnung, dass die Probleme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und die neuen Herausforderungen in Sozial- und Umweltpolitik nicht getrennt voneinander behandelt werden können. Der interdisziplinäre Austausch der Autoren in den vorbereitenden Kolloquien bildet den Grundpfeiler des Konzeptes für das neue „Deutschland-Trendbuch“. So wird es den Autoren bereits im Vorfeld ermöglicht, an Konzept und Gestaltung des Sammelbandes mitzuwirken. Dazu gehört auch die gemeinsame Erarbeitung einer repräsentativen Umfrage, die nach den Vorgaben der Autoren vom Projektpartner Bundesverband deutscher Banken Mitte November 2000 erhoben wird. Die Umfrageergebnisse bieten den Autoren die Chance, auf aktuelles Datenmaterial zurückzugreifen, historische Trends nachzuzeichnen und Trendoptionen für die Zukunft zu benennen.



Beim Achtung+Toleranz-Seminar ging es um verschiedene Formen von Stress- und Konfliktbewältigung

WERNER WEIDENFELD / KARL-RUDOLF KORTE (HRSG.):

Deutschland – Trendbuch. Fakten und Orientierungen

Voraussichtliches Erscheinen in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: September 2001



Gemeinschaft - ein Thema von weltweitem Interesse? Der neue wissenschaftliche Koordinator des Projekts „Gemeinsinn“, Wolfgang Fänderl, im kanadischen Pavillon auf der Expo



WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG WESSELS (HRSG.) : **Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000**
Bonn 2000, ISBN 3-7713-0594-2, 531 Seiten, 89 DM

Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit

Seit Juli 2000 entsteht ein neues Projekt von C·A·P und Bertelsmann Stiftung: „Erziehung zu Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit“. Das Projekt sucht nach Konzepten, die das Zusammenleben in einer pluralen, demokratischen Gemeinschaft fördern können. „Warum macht Gemeinschaft für das Individuum Sinn?“, „Wie entwickelt sich beim Individuum der Sinn für Gemeinschaft?“, „Wodurch stärke ich Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit bei mir und den anderen?“

„Der Weg ist das Ziel“ und so soll auch die Herangehensweise dem Thema gerecht werden. Der wissenschaftliche Ansatz ist interdisziplinär, interkulturell und prozessorientiert. Für den wissenschaftlichen Koordinator Wolfgang Fänderl geht es um gemeinsame Lernprozesse, die konkreter Impulse bedürfen, und bei denen alle Beteiligten sich weiterentwickeln können. Das Projekt wird in den kommenden vier Jahren mit der Kontaktaufnahme, Konzeptarbeit, Recherche sowie der Adaption und der eigenen Erstellung von Multiplikatoren-Programmen beginnen. Die Vision ist ein internationales Netzwerk.

Anregungen durch bereits bestehende Bildungs- und Trainingskonzepte, Kampagnen sind immer willkommen. Nähere Informationen gibt es unter Tel.: 089/2180-1321, E-Mail: gemeinsinn@lrz.uni-muenchen.de

20 Jahre europäische Integration

Das von Prof. Werner Weidenfeld und Prof. Wolfgang Wessels herausgegebene „Jahrbuch der Europäischen Integration“ dokumentiert und bilanziert zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Seit dem ersten Erscheinen vor 20 Jahren erwuchs so eine einmalige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Anlässlich des Bandes zum zwanzigsten Jubiläum lud das Institut für Europäische Politik zum gemeinsamen Rück- und Ausblick auf zwei Jahrzehnte europäische Integration ins Jean-Monnet-Haus nach Berlin. Zum Auftakt berichtete der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Gunter Pleuger über den Stand der Verhandlungen zum Gipfeltreffen von Nizza. 80 Konferenzteilnehmer aus Wissenschaft und Politik resümierten anschließend mit den beiden Herausgebern im Rückgriff auf ihre Arbeit mit dem „Jahrbuch“ zwei Dekaden der Europapolitik. Den krönenden Abschluss der Veranstaltung bildete der Vortrag von Prof. Elisabeth Noelle-Neumann, die bei den Deutschen trotz aller Euro-Skepsis eine breite Zustimmung für Europa diagnostizierte.

Deutsch-jüdischer Dialog



Prof. Weidenfeld leitete in Berlin den 15. Deutsch-Jüdischen Dialog. Die Tagung behandelte Fragen des Extremismus ebenso wie die Parteispenskandale, die Österreich-Politik der EU und den Friedensprozess im Nahen Osten. Unser Bild zeigt George Lord Weidenfeld, Initiator des Deutsch-jüdischen Dialoges, Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Werner Weidenfeld.

Putins Russland - ein Partner des Westens?

Die Gestaltung der Beziehungen zur Russischen Föderation ist eine wichtige Aufgabe für die amerikanische und europäische Politik. Die russische Politik unter der Regierung Putin demonstriert gleichzeitig eine neue Stärke des Staates und Schwäche im Krisenmanagement. Deutsche und amerikanische Entscheidungsträger stehen vor der Herausforderung, Strategien für eine unsichere Partnerschaft zu entwickeln.

Im Rahmen der Transatlantic Issues Series hatten das C·A·P und das Generalkonsulat der USA Analytiker, Entscheidungsträger und Repräsentanten der Medien in die Faber-Villa eingeladen, um Perzeptionen und Reaktionen auf Putin als ein neues „Phänomen“ der russischen Macht-, Medien- und Personalpolitik zu diskutieren.

Bei den Teilnehmern herrschte der Eindruck vor, dass Putin offensichtlich den Schulterchluss mit der EU und Deutschland sucht, die USA jedoch außen vor zu halten gedenkt. Von nach wie vor großer Aktualität ist die Frage „Wer ist Putin?“, die reflektiert, wie unklar Machtverteilung und Machtausübung im Kreml auch heute noch für westliche Beobachter sind.

Zum einen gibt es Ansätze traditionell autokratischer Machtausübung, wie z.B. immer wieder auftretende Restriktionen im Bereich freie Meinungsäußerung. Zum anderen präsentiert sich Putin als Garant der nötigen strukturell-ökonomischen sowie institutionell-politischen Reformen in seinem Land. Die Frage „Partnerschaft vor neuen Herausforderungen – Russland und der Westen“ wird vom im Zusammenarbeit mit dem Planungstab des Auswärtigen Amtes und dem American Institute for Contemporary German Studies weiter vertieft.

EU Studies Web Courses

Die Kooperation zwischen dem University System of Georgia und dem Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München unter Federführung des C·A·P ist nun in seine operationelle Phase getreten. Vom 18. bis zum 20. Oktober kamen die deutschen und amerikanischen Projektpartner zu Arbeitstreffen in Atlanta, Georgia, zusammen. Dabei wurden die ersten Zwischenergebnisse von drei Basis-kursen (Einführung in die Europäischen Union, Europäische Währungsunion und Transatlantische Beziehungen) vorgestellt, die die Partner gemeinsam entwickeln. Darüber hinaus koordinierten sich die Designer von weiteren sechs Kursen hinsichtlich der Inhalte, der Methodik und der besonderen Didaktik von Studienkursen über das Medium Internet.

Nach der Fertigstellung der Web-basierten Kurse der ersten beiden Projektphasen wird das University System of Georgia über das größte Distance-Learning-Angebot von EU-Studiengängen verfügen.

Die an den Kursen teilnehmenden Studenten werden eine neue Art des Studierens kennen lernen. Neben den Recherchemöglichkeiten des Internets wird sich auch die Rolle des Dozenten verändern: Er wird im Rahmen der Kursleitung als Moderator häufiger zu Verfügung stehen, als dies in face-to-face Lehrveranstaltungen möglich ist.

Auch der Rektor war am C·A·P



Die neuen Räume des C·A·P in der Maria-Theresia-Straße 21 sind für alle Seiten ein großer Gewinn. Davon hat sich auch der Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, Prof. Dr. Andreas Heldrich überzeugen können. Anlässlich der Einweihungsfeier im Mai trug sich Prof. Heldrich in das Gästebuch des C·A·P ein. Er betonte, dass nicht nur stilvolle Räume und optimale Arbeitsbedingungen bereit gestellt werden konnten. Im Vergleich zur bisherigen Unterkunft des Centrum's konnte die Universität auch Kosten sparen.“

Prof. Dr. Werner Weidenfeld wurde als Vorsitzender des Abt-Herwegen-Instituts für liturgische und monastische Forschung der Benediktiner-Abtei Maria Laach wieder gewählt.

Dr. Manuela Glaab hat die Nachfolge von Dr. Karl-Rudolf Korte als Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P angetreten.

Besondere Didaktik von Kursen via Internet



SUSANNE ULRICH:
Achtung (+) Toleranz.
Wege demokratischer Konflikt-
regulierung
 Gütersloh 2000, ISBN 3-89204-
 823-1, 220 Seiten und CD-ROM,
 48 DM



STEFAN RAPPEGLÜCK /
 BERND STEGMANN:
„Europa neu gestalten“ – Die
Europäische Union zwischen
Erweiterung und Vertiefung.
 München 2000, ISBN 3-933456-
 02-9, 300 Seiten, 35 DM



BARBARA THAM / FLORIAN WACHTER
 (HRSG.):
Jugendparlament für Europa
 München 2000, ISBN 3-933456-
 13-4, 111 Seiten, 5 DM

Achtung (+) Toleranz

Toleranz setzt gegenseitige Achtung im Sinne von Anerkennung und Respekt voraus. Auf der anderen Seite bedarf es aber auch der Achtsamkeit, um die Toleranz bewusst in unser tägliches Handeln und Denken einzubeziehen.

Das Praxishandbuch „Achtung (+) Toleranz“ beinhaltet zwei Schwerpunkte: zum einen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff Toleranz – darauf spielt die Doppeldeutigkeit des Titels an. Zum anderen vermittelt es ein Training zur Förderung kommunikativer Kompetenz.

Das Buch versucht vor allem Antworten auf Fragen zu finden wie: Was hindert und was fördert das friedliche Miteinander? Wie regelt man Konflikte ohne Gewalt?

Dieses dritte Praxishandbuch, das im Rahmen des Projektes „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ entwickelt und herausgegeben wurde, wendet sich an Pädagogen und Trainer in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. Ein klar strukturiertes Seminarkonzept, ein ideenreicher Materialschatz und eine CD-ROM mit Arbeitshilfen und Hintergrundinformationen machen dieses Handbuch zu einem wichtigen Beitrag im Rahmen der Prävention von Extremismus und Gewalt.

Europa neu gestalten

Die Publikation beschäftigt sich mit den Konturen eines neuen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts. Neben Informationen über die mit einer Erweiterung verbundenen Fragestellungen bietet der Materialband Methoden zur Vertiefung des Themas an. Im Mittelpunkt steht dabei ein Planspiel, in dessen Verlauf die Teilnehmer spielerisch und mit viel Spaß auf der Basis von Rollenprofilen aus der passiven Rolle des EU-Bürgers in die aktive Rolle eines gestaltenden Akteurs wie z.B. Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Minister, Mitglied der Kommission treten.

Sie verinnerlichen die Problemlagen einzelner Akteure und entwickeln dadurch ein besseres Verständnis für die Prozesse und Interessen der Europäischen Union. Sie lernen den Entscheidungsablauf der EU auf einer sehr persönlichen Ebene kennen. Entscheidungen und Interessenzusammenhänge in der EU werden für die Beteiligten greifbarer und durchschaubarer.

Um möglichst adressatenbezogen eingesetzt werden zu können, liegt der Materialband „Europa neu gestalten“ in zwei Varianten vor: Zum einen als Ringbuchordner im DIN A 4-Format, zum anderen ist dem Ordner eine CD-ROM beigeheftet, die die individuelle Modifikation der Spielmaterialien ermöglicht.

Jugendparlament für Europa

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa veranstaltete am 8. und 9. Mai 1999 im Bayerischen Landtag ein „Jugendparlament für Europa“. Zwei Tage lang diskutierten circa 120 Jugendliche aktuelle europapolitische Themen aus den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Dazu erarbeiteten sie in verschiedenen Ausschüssen Entschließungsanträge und verabschiedeten diese anschließend im Plenum. Auf diese Weise haben die Jugendlichen einen praktischen Einblick in den Ablauf demokratischer Entscheidungsprozesse gewonnen.

Mit dieser Publikation liegt nunmehr die Dokumentation der Veranstaltung vor. Sie ist so konzipiert, dass sie als Anregung und Beispiel für ähnliche Vorhaben verwendet werden kann.

Europa auf dem Weg zum Bundesstaat? Planspiel zur EU-Reform 2000

Der neue Materialienband der Forschungsgruppe Jugend und Europa „Europa auf dem Weg zum Bundesstaat? Planspiel zur EU-Reform 2000“ möchte zum einen die Institutionen und Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union erfahrbar machen und zum anderen verdeutlichen, welche institutionellen Probleme im Zuge der Erweiterung der EU um bis zu 13 weitere Länder und gewachsener europäischer Zuständigkeiten entstehen.

Der Europäische Rat hat Anfang dieses Jahres eine Regierungskonferenz einberufen, die bis zum Gipfel von Nizza im Dezember die bislang ungelösten institutionellen Fragen, die für eine Erweiterung unerlässlich scheinen – im wesentlichen die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und die Stimmgewichtung im Ministerrat sowie die künftige Zusammensetzung der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments – finden soll.

Neben diesen Essentials thematisiert das Planspiel weitere Aspekte, die im Zusammenhang mit einem größer werdenden Europa stehen, wie die Frage der EU-Präsidentschaft, die demokratische Einbindung des Europäischen Parlaments, die Sprachenfrage und die Perspektiven einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Entscheidungsprozesse und Konfliktlinien der Regierungskonferenz werden im Planspiel in vereinfachter Form simuliert. Die Spielerinnen und Spieler agieren auf der Grundlage von Rollenprofilen und Hintergrundinformationen als politische Akteure (z.B. als Minister oder Abgeordnete des Europäischen Parlamentes). Die Europäische Union als ganzes und die aktuelle Reformdebatte wird greifbarer, durchschaubarer und damit zugänglicher.



SASCHA MEINERT:
Europa auf dem Weg zum Bundesstaat? Planspiel zur EU-Reform 2000.

München 2000, ISBN 3-933456-08-8, 160 Seiten, 35 DM

Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“

Die wechselreiche, leidvolle Geschichte Polens, die derzeitige politische und soziale Lage, Kultur und Denkweisen der polnischen Bevölkerung sind Themen, die im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hierbei spielt die demokratische, europäische Orientierung der polnischen Eliten eine entscheidende Rolle. Der politische Integrationsprozeß schreitet kontinuierlich voran, letztlich wird – neben allen wirtschaftlichen und politischen Faktoren – die gesellschaftliche Ebene darüber entscheiden, ob Gesamteuropa zum Erfolg wird.

Vor diesem Hintergrund richtet die Autorin in ihrer Untersuchung zur polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität, die im Rahmen des Studienprogramms „Europäische Mentalitätsprofile“ der ASKO-Stiftung als Band 1 der Sozialwissenschaftlichen Beiträge zur europäischen Integration erschienen ist, das Augenmerk auf die Annäherung zwischen Deutschen und Polen. Nach einer historischen Einführung des polnischen Außenministers Prof. Wladyslaw Bartoszewski stellt die Autorin – soziologisch differenzierend – Identitätskonstruktionen, Denk- und Lebensweisen im heutigen Polen dar.

Die Analyse bleibt nicht wissenschaftlicher Selbstzweck, sondern versteht sich als ein aktiver Beitrag zur europäischen Verständigung. Die Publikation richtet sich somit gleichermaßen an aufgeschlossene Wissenschaftler wie auch an Praktiker der Bildungs- und Sozialarbeit.



EVA FELDMANN (HRSG.):
Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“ – Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität

Frankfurt/M. 2000, ISBN 3-88939-522-8, 152 Seiten, 29,80 DM

Das Buch „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“ herausgegeben von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Europa Union Verlag, ISBN 3-7713-0585-3) kostet nicht 42,80 DM, wie in der letzten Ausgabe fälschlicherweise gemeldet, sondern nur 34,80 DM. Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.

20. November 2000

Fachtagung „Cyber-Democracy & E-Elections: Politik und Wahlen im Internet-Zeitalter“ in München. (Kooperation der Forschungsgruppen Zukunftsfragen und Bertelsmann Politik mit dem US-Generalkonsulat)

6. – 8. Dezember 2000

Junior Round Table in Tel Aviv u. Cesaria (Israel) zu dem Thema: „Regional Security in the Wake of the Collapse of the Soviet Union: A Comparative Outlook“ (Zusammenarbeit des C·A·P mit der Bertelsmann Stiftung und der Universität Tel Aviv)

22. – 25. Januar 2001

Multiplikatorenseminar „Europa erleben“ in Weimar (Kooperation der Forschungsgruppe Jugend und Europa und der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungstätte Weimar)

8. Februar 2001

„Serbia and Montenegro: Returning to Europe.“ Öffentliche Podiumsdiskussion des C·A·P in den Räumen des German Marshall Fund. (Anmeldung im C·A·P erforderlich)

C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
V.i.S.d.P.: Josef Janning
Layout und Redaktion: Bernd Oswald
Schlussredaktion: Olaf Hillenbrand, Roman Maruhn, Christina Notz, Bernd Oswald
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4, 81671 München

Europäische Integration – ein Modell für die NAFTA

Von Wolfgang Bücherl

Kurz nach seinem Wahlerfolg hat der neue mexikanische Präsident Vicente Fox vorgeschlagen, das nordamerikanische Freihandelsabkommens NAFTA zu einer Wirtschafts- und Währungsunion nach EU-Modell umzuwandeln. Dieser Vorschlag stieß in Washington auf Ablehnung. Dennoch werden weniger weitreichende Ideen, wie die Einrichtung eines Nordamerikanischen Entwicklungsfonds nach EU-Vorbild oder eine Reform der Nordamerikanischen Entwicklungsbank die Agenda der NAFTA in den kommenden Jahren bestimmen. In den USA hat man heute mehr denn je ein Interesse daran, dass die Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems Mexikos auch nach der Ablösung der 71-jährigen Alleinherrschaft der bisherigen Regierungspartei PRI erfolgreich verläuft.

Trotz des durch die NAFTA ausgelösten Booms ist Mexiko immer noch geprägt von tiefgreifenden sozialen und regionalen Unterschieden in der Verteilung von Einkommen und Wohlstand. Während das reiche Zehntel der Gesellschaft seinen Anteil am Nationaleinkommen zwischen 1996 und 1998 um 1,4 Prozent auf 38 Prozent erhöhen konnte, reduzierte sich der Anteil der ärmsten 60 Prozent der Bevölkerung um genau den selben Prozentsatz auf gut 25 Prozent. Von Mexikos Bruttoinlandsprodukt (1999 530 Milliarden US-Dollar) werden nur etwa 15 Prozent im Süden erwirtschaftet. Umgekehrt ist rund die Hälfte des auf NAFTA zurückzuführenden Exportbooms und der größte Teil des Wirtschaftswachstums etwa 50 multinationalen Unternehmen zu verdanken, die überwiegend im Norden angesiedelt sind.

Zu den größten Herausforderungen für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung Mexikos gehören die Reform des Bildungs- und des Kreditwesens: Bildung ist in Mexiko eine Frage der sozialen und regionalen Herkunft. In den ärmeren Bundesstaaten verlässt ein Fünftel der Kinder die Schule vor der sechsten Klasse. Kleinere und mittelständische Unternehmen in Mexiko haben noch Schwierigkeiten, an dem von NAFTA ausgelösten Wirtschaftsboom teilzunehmen. Anders als die großen Unternehmen erhalten sie selten im Ausland Kredite und sind auf den heimischen Bankenmarkt angewiesen, der sich von der Peso-Krise 1995 noch nicht erholt hat.

Zur Unterstützung dieser Reformen sollte dem Modell der europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds folgend ein nordamerikanischer Fonds für strukturelle Entwicklung geschaffen werden. Dieser Fonds könnte nicht nur Mexiko bei seiner anstehenden Bildungsreform unterstützen, sondern auch für Programme in den USA und Kanada zur Verfügung stehen. So könnten Umschulungsmaßnahmen für Industriearbeiter gefördert werden, die aufgrund von Produktionsverlagerungen nach Mexiko ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Außerdem wäre es denkbar, die Nordamerikanische Entwicklungsbank ähnlich der Europäischen Investitionsbank weiter zu entwickeln. Vor allem klein- und mittelständische Unternehmen in ganz Mexiko könnten Darlehen für Infrastruktur- und Energieprojekte gut gebrauchen.

Die europäische Strukturpolitik spiegelt unter anderem die Erfahrung mit der Integration Spaniens, Portugals und Griechenlands wider, dass sich in Transformationsstaaten eine tragfähige demokratische Ordnung leichter konsolidiert, wenn es eine reale Hoffnung auf wirtschaftlichen Fortschritt für alle gibt. Auch der mit neuem Schwung versehene Demokratisierungsprozess in Mexiko könnte von einer derartigen Hoffnung profitieren.

Der Autor ist European Fellow am Pacific Council, Los Angeles und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europa am C·A·P